**Tag der Saarländischen Bauwirtschaft 26. Juni 2019**

**Rede Präsident Klaus Ehrhardt**

Sehr geehrte Damen und Herren,

„1 kg Stein pro Stunde“. Meine Damen und Herren, welche Aussage träfe die derzeitige Lage der Bauwirtschaft besser als der Titel und der Inhalt dieses Filmes. Denn er steht nicht nur für den Bedarf an Baumaterial, sondern gleichzeitig auch für den Bedarf an Bauten, den Bedarf an Investitionen und verbesserten Rahmenbedingungen und schließlich den Bedarf an Arbeitskräften. Doch dazu später mehr.

Die Hochphase der Bauwirtschaft, der Bauboom, hat inzwischen auch das Saarland erreicht. Seit Mitte des vergangenen Jahres liegen die Zuwachsraten beim Umsatz sogar weit über dem Bundesdurchschnitt. Diese Entwicklung, meine Damen und Herren, hätte ich bei meinem Amtsantritt vor drei Jahren nicht für möglich gehalten. Und diese Entwicklung tut gut nach den vielen, ja sehr vielen Jahren des Rückgangs, des Strukturwandels, der Markt- und Wettbewerbsverwerfungen, des Kapazitäts- und Arbeitskräfteabbaus.

Wir haben derzeit also keinen Grund zur Klage und blicken durchaus optimistisch in die Zukunft. Was uns allerdings bewegt, sind die folgenden zwei Fragen:

1. Wie nachhaltig ist der heutige Zustand?
2. Was kann, nein, was muss, heute geschehen, damit wir nicht wieder in alte Verhältnisse zurückfallen?

Zum Thema Nachhaltigkeit: Die allgemeine wirtschaftliche Lage unterliegt seit längerem erheblichen weltweiten Gefahren, die insbesondere Auswirkungen haben kann auf die Finanzsituation und die Investitionsbereitschaft sowohl der privaten als auch der öffentlichen Auftraggeber. Hier denke ich an den derzeit schwelenden Konflikt zwischen dem Iran und der USA, den Konflikt zwischen China und den USA, aber auch den drohenden Brexit mit seinen bislang unbekannten Folgen. Und diese stehen nur stellvertretend für die vielen anderen Nebenschauplätze in Europa und in der gesamten Welt.

Am Nachholbedarf an Investitionen in die Infrastruktur und den Wohnungsbestand ändert dies jedoch grundsätzlich nichts.

Während es Bund und Ländern gerade noch gelingt, den Verschleiß gegen zu finanzieren, ist dies bei den Kommunen seit 2003 in deutlichem Maße nicht mehr gegeben. Die Nettoinvestitionen in Bauten beliefen sich in 2018 auf Minus 5,1 Mrd €. Konnten die Kommunen in den 90er Jahren noch 70 % der öffentlichen Bauausgaben stemmen, erreichten sie in den Jahren seit 2008 deutlich weniger als 60 %, in 2018 ca. 55 %. Sie sind damit im öffentlichen Bereich immer noch der wichtigste Auftraggeber für das Baugewerbe.

Die aktuelle Untersuchung kommt zu dem Schluss, dass der Investitionsrückstand auf 138 Mrd. € in 2018 zurückgegangen ist, einem Niveau wie zuletzt in 2016. Maßgeblich für den insgesamt zu konstatierenden Rückgang ist die anhaltend gute gesamtwirtschaftliche Lage, die den kommunalen Haushalten hohe Gewerbesteuererträge bringt.

Diese gute Ertragslage könnte sich jedoch bald ändern. Erste Steuerschätzungen werden bereits nach unten korrigiert. Erste Rufe nach einer Lockerung der Schuldenbremse für den Bund zur Finanzierung von Zukunftsinvestitionen werden laut. Dennoch hat unter anderem unsere Landesregierung ihre Hausaufgaben gemacht, die Schuldenbremse eingehalten, so dass Sie, Frau Rehlinger, im Namen der saarländischen Landesregierung ab dem kommenden Jahr das Jahrzehnt der Investitionen ausrufen können.

Was muss also heute geschehen, damit nicht wieder alte Verhältnisse aufkommen?

Bei der finanziellen Ausstattung können wir trotz der erwähnten Risiken weiter davon ausgehen, dass die Nullzinsphase der EZB noch lange anhalten wird. Die Geldbeschaffung bleibt billig. Dennoch gibt es Möglichkeiten, die Einnahmeseite auch intelligent zu verbessern. Und das gerade bei unserem wichtigsten, aber gleichzeitig – finanziell – schwächsten Auftraggeber: den saarländischen Kommunen! Auch in der Gefahr uns ständig zu wiederholen, fordern wir als Bauwirtschaft, die Finanzierung der kommunalen Straßen und Wege auf andere Beine zu stellen und die wiederkehrenden Straßenausbaubeiträge einzuführen, an denen sich alle Grundstückseigentümer einer Gemeinde beteiligen müssen, unabhängig davon, ob sie an kommunalen Straßen, Land- oder Bundesstraßen angrenzen. Angesichts der leeren Kassen wird für die saarländischen Kommunen kein Weg an dieser Einführung vorbeiführen, um so ihre Einnahmeseite zu verbessern und zu verstetigen, um eine zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge erfüllen zu können.

Die Zeit ist zudem überfällig, Belastungen für das Bauen abzubauen. Diese machen das Bauen unnötig teuer und kompliziert. Die in den letzten 30 Jahren vervierfachten (!) Vorschriften sind nicht mehr sinnvoll zu bewältigen. Dies haben viele Politikerrunden und viele Gremien erkannt – allein es fehlt an der Umsetzung! Diese Reformen müssen nun zügig angegangen und tatkräftig umgesetzt werden. Dazu zählt zum Beispiel auch die Vereinheitlichung und Verschlankung der LBO. Der Wille dazu wurde bei der Sitzung der Landesbauminister Anfang des Jahres geäußert. nur: Wo bleiben die Taten?

Enttäuscht sind wir, dass die 2017 einberufene Expertenrunde zum Thema „Brandschutz“ ruht … oder sogar eine Fortsetzung gar nicht geplant ist?

Darüber hinaus muss die Versorgungssicherheit erhalten oder auch hergestellt werden. Gemeint ist die Versorgung mit Rohstoffen aus der Region. Der anfangs eingespielte Trailer hat uns dies anschaulich dargestellt.

Ebenso wichtig wie die Versorgung ist aber auch die Entsorgungssituation. Auch diese muss erhalten bzw. hergestellt werden. Hier denke ich an das Recycling von Baustoffen, den Abfallwirtschaftsplan und die Mantel-Verordnung.

Um in diesen so eminent wichtigen Bereichen nicht leichtfertig auf einen Engpass hinzusteuern, ist es also höchste Zeit für eine längst überfällige Landesplanung, die die beiden vorerwähnten Punkte beinhaltet.

Darüber hinaus muss die Vergabe öffentlicher Aufträge vereinfacht werden.

Bauen heißt gleichzeitig auch Gestalten, meine Damen und Herren. Und zwar das Gestalten unserer Zukunft. Das Bauen muss wieder in den Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung gerückt und in seiner Wichtigkeit wiederentdeckt werden. Dieser Erkenntnis(-wieder)gewinn muss erhalten werden. Das Bauen darf nicht wieder auf dem Altar der (Haushalts-)Politiker geopfert werden.

Das Land, aber auch die Kommunen sind aufgefordert, ihre Hoch- und Straßenbauverwaltungen personell zu stärken. Allein bei der Hochbauverwaltung des Saarlandes besteht ein Bedarf von über 40 Mitarbeitern. Im Bereich der Straßenbauverwaltung tut sich nun auch im Zuge der Inbetriebnahme der neuen Autobahngesellschaft des Bundes hier im Saarland und der Verrentung der geburtenstarken Jahrgänge vor allem bei Ingenieuren und Technikern ein verstärkter Bedarf auf.

Daher müssen in unserem Land Strukturen verändert und Synergien geschaffen werden! Wir fordern schon sehr lange, nicht nur ein Land der kurzen Wege zu sein. Kurze Wege helfen aber nur, wenn sie direkt und schnell zum Ziel führen. Unsere beispielhafte Forderung in diesem Zusammenhang ist die Reduzierung der UBAs!

Zum großen Problem bei der vielfältigen Aufgabenbewältigung der öffentlichen Hände und der Privatwirtschaft ist das Personal geworden. Bereits vor einem Jahr berichtete die Saarbrücker Zeitung, dass 97 zusätzliche Stellen beschlossen worden seien. Derzeit suchen sowohl die saarländische Straßenbauverwaltung als auch die Hochbauverwaltung händeringend Mitarbeiter. Erst wenn dieser „Flaschenhals“ überwunden ist, füllen sich die Gefäße, kommen Aufträge auf den Markt. …. Und stellt sich das ähnliche Problem bei unseren Firmen.

Wir als Bauwirtschaft halten jedoch schon seit Jahren dagegen! Denn wir wissen durch unsere Sozialkassen besser als viele andere Branchen, dass ein erheblicher Fachkräftebedarf allein durch die demographische Entwicklung auf uns zukommt.

Erfolge haben wir durchaus aufzuweisen. So stiegen unsere Azubizahlen im Vergleich zu anderen Branchen in den letzten Jahren kontinuierlich wieder an. Und auch bei den Beschäftigtenzahlen sind wir nach langen Jahren unter der 9.000er Grenze wieder bei fast 9.500 angelangt.

Möglicherweise geht jedoch der Aufbau der Kapazitäten nicht schnell genug, die Akquise wird zudem immer schwieriger. Aus diesem Grunde haben wir heute Frau Prof. Dr. Jutta Rump, Professorin an der Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft in Ludwigshafen, eingeladen, um uns Ausblicke auf die Arbeitswelt 2030 zu geben.

Saarbrücken, den 26. Juni 2019

Claus Weyers (V.i.S.d.P), Hauptgeschäftsführer

Kirsten Schilt, Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

AGV Bau Saar, Kohlweg 18, 66123 Saarbrücken

*Sperrfrist: 26. Juni 2019, 17:00 Uhr*